



Entlastungen bei weniger Schulden sind möglich

Der Haushalt für das Jahr 2022 umfasst Ausgaben von fast 500 Milliarden Euro, von denen fast 140 Milliarden über neue Schulden finanziert werden. Die Unionsfraktion hingegen sieht die Möglichkeit, die Neuverschuldung auf 50,8 Milliarden Euro zu begrenzen. Voraussetzung dafür wären eine kluge Priorisierung der Ausgaben, eine Personalbremse und die Verwendung bislang ungenutzter Gelder.

Die Menschen leiden zudem unter der höchsten Inflation seit Jahrzehnten. Doch statt den wirklich Bedürftigen zu helfen, schüttet die Ampel-Koalition das Geld mit der Gießkanne aus. Manchmal vergisst sie sogar diejenigen, die Unterstützung am nötigsten haben: So gehen Rentner und Studenten bei der Energiepreispause ärgerlicherweise leer aus. Bürger und Unternehmen ächzen unter den extremen Teuerungen beispielsweise bei Lebensmitteln, Rohstoffen und Energie. Wenn es um richtige Prioritätensetzung geht, kann der Staat nicht zum Inflationsgewinnler werden und Bürger und Unternehmen zu Inflationsverlierern. Was sich für den Staat auf der Einnahmeseite positiv darstellt, ist für Bürger und Unternehmen an vielen Stellen eine extreme Belastung. Hier muss wirksam gegengesteuert werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert deswegen ein Entlastungspaket von rd. 40 Mrd. Euro bei gleichzeitiger Senkung der Neuverschuldung um gut 88 Mrd. Euro auf 50,8 Mrd. Euro (vorher 138,9 Mrd. Euro). Dieser Vorschlag verbindet aktuelles Krisenmanagement mit zukunfts-gerichteter Haushaltspolitik.

Dabei schlägt die Union die Auflösung der Rücklage (frühere sog. „Asyl-Rücklage“) in Höhe von 48,2 Mrd. Euro vor. Damit wird auch eine Empfehlung des Bundesrechnungshofs aufgegriffen.

Mit dem Entlastungspaket reagiert die CDU/CSU-Fraktion – im Gegensatz zur Bundesregierung - auf die aktuell äußerst schwierige Situation für die Menschen und die Unternehmen sowie die unzureichenden Maßnahmen der Bundesregierung. Die Union will etwa bei der Energiepreispause die Gerechtigkeitslücke schließen, indem u.a. Rentner und Studenten in den Empfängerkreis einbezogen werden. Das Paket richtet sich an die arbeitende Bevölkerung, berücksichtigt die Unternehmen, die Pendler sowie Familien, Rentner, Alleinerziehende und sozial Schwache.

Mit der Reduzierung der Neuverschuldung sorgt unser Vorschlag zugleich für weniger Zinsausgaben in der Zukunft und schafft damit finanzielle Spielräume für nachkommende Generationen. Unsere Kinder und Enkel sollen nicht auf noch höheren Schuldenbergen spielen. Insofern partizipieren alle Gesellschaftsschichten – ob jung oder alt.

In der Haushaltspolitik fällt die vom Bundeskanzler angekündigte „Zeitenwende“ aus. Dabei wäre sie insbesondere hier nötig. Der Bundeshaushalt ist in einer Schiefelage. Darauf muss die Bundesregierung reagieren - auch beim Stellenbestand in der Bundesverwaltung mit aktuell rd. 293.000 Stellen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



seit Jahren kämpft die Unionsfraktion für eine bessere Ausstattung der Bundeswehr. Lange Zeit hat immer wieder die SPD und der damalige Finanzminister Olaf Scholz in der Großen Koalition blockiert.

Erst nach der Annexion der Krim durch Russland 2014 konnte die Union den Verteidigungshaushalt gegen den Widerstand des damaligen Koalitionspartners SPD von unter 30 Milliarden auf über 50 Milliarden Euro aufstocken. Der brutale und menschenverachtende russische Angriffskrieg in der Ukraine hat nun auch den Ampel-Fraktionen deutlich gemacht, dass Deutschland die Bundeswehr stärken und deutlich mehr in Verteidigung investieren muss. Es ist gut, dass jetzt endlich eine Einigung für unsere Streitkräfte auf den Weg gebracht wurde, nämlich 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr in einem Sondervermögen bereitzustellen.

Über einen Zeitraum von fünf Jahren sollen insgesamt 100 Milliarden Euro für die Ausstattung und Ausrüstung der Bundeswehr fließen – zusätzlich zu den vorgesehenen Ausgaben über den Verteidigungsetat. Dabei sind alle sechs Punkte, die der Unionsfraktion wichtig waren, in der Vereinbarung berücksichtigt. So sollen die Mittel ausschließlich den Streitkräften zur Verfügung stehen. Die Beschaffungsvorhaben werden in einem Wirtschaftsplan aufgelistet und der Haushaltsausschuss wird die Ausgaben überwachen. Die Bundeswehr kann so schnell und effektiv mit modernen Waffensystemen ausgestattet werden, ohne dass es an parlamentarischer Kontrolle mangelt. Das Sondervermögen wird zudem im Grundgesetz fest verankert werden, dafür wird die Zustimmung von zwei Dritteln der Abgeordneten benötigt. Deutschland erfüllt dann auch erfreulicherweise endlich seine NATO-Verpflichtung, zwei Prozent des BIP für Verteidigung auszugeben.

Herzliche Grüße aus Berlin und bitte bleiben Sie gesund! Ihr

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch



100 Tage Krieg in Europa sind eine traurige Realität

Waffenlieferungen an die Ukraine könnten zu einer Verkürzung des Krieges beitragen

Am heutigen Freitag sind genau 100 Tage seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine vergangen. Dazu erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt:

„Seit 100 Tagen sterben ukrainische Soldaten bei der Verteidigung ihres Landes gegen die russische Kriegsmaschinerie. Seit 100 Tagen müssen ukrainische Familien fliehen, werden Zivilisten von russischer Artillerie ermordet. Und vor 100 Tagen hat Russlands Präsident Putin sich zur Zerstörung der europäischen Friedensordnung entschlossen.“

100 Tage sind 100 Tage zu viel. An diesen Krieg und an dieses Leid dürfen wir uns nicht gewöhnen. Es muss jeden Tag aufs Neue klargemacht werden, dass dieser Krieg nur eines ist: ein Verbrechen – eines, das sich nicht lohnen darf. Und ebenso muss immer wieder festgestellt werden, dass die Ukraine diesen Kampf nicht für sich allein führt. Sie verteidigt konkret ihr Land, aber auch die Herrschaft des Rechts in Europa.

Eine bittere Erfahrung der letzten zwei Jahrzehnte mit Putin als Präsident ist, dass er nur dann zu diplomatischen Zugeständnissen bereit ist, wenn er in die Defensive gerät. Putin wird den Angriffskrieg auf die Ukraine nur beenden und sich mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj an den Verhandlungstisch setzen, wenn die Fortführung des Kampfes für ihn risikoreicher ist als Friedensverhandlungen. Deshalb muss die Ukraine mit Hilfe westlicher Waffen in die Lage versetzt werden, Putin militärisch die Stirn zu bieten. Waffenlieferungen an die Ukraine verlängern nicht den Krieg, sondern können helfen, das Schlachten in der Ukraine zu beenden.

Deshalb war es so wichtig, dass die demokratischen Fraktionen des Bundestags auf Druck der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 28. April die Bundesregierung zu einer entschiedenen Unterstützung der Ukraine aufgefordert haben. Doch nach wie vor warten die ukrainischen Streitkräfte auf die versprochenen Waffen aus Deutschland und zahlen währenddessen einen hohen Blutzoll.

Die 100 Tage dieses Wahnsinns müssen wir erneut zum Anlass nehmen, Bundeskanzler Olaf Scholz an seine Versprechen gegenüber der Ukraine zu erinnern. Die Ukraine braucht jetzt die Mittel und die schweren Waffen, um sich und Europa zu verteidigen. Wenn wir noch einmal 100 Tage warten, dann könnte es zu spät sein.“

Foto: Tobias Koch

Familien und Integration besser finanziell unterstützen

Die Ampel-Koalition scheitert auch im Bereich des Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend weiterhin an den eigenen Ansprüchen und vollmundigen Ankündigungen.

Trotz der massiven Anpassungsbedarfe durch die Unterbringung, Versorgung und Integration geflüchteter Frauen, Kinder und Jugendlicher aus der Ukraine ist der Haushalt des BMFSFJ im Vergleich zum Gesamthaushalt nur marginal angewachsen.

Insbesondere für den Ausbau der Sprach-Kitas, für eine Aufstockung der Frühen Hilfen, für die Fortsetzung der Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher und für ein weiteres Investitionsprogramm zum Kinderbetreuungsausbau hat es im Haushaltsentwurf der Ampel erneut nicht gereicht. Dies ist umso verwunderlicher, da die Union zu all den genannten Themen entsprechende Änderungsanträge eingebracht hat und gleichzeitig auch Vorschläge für eine Gegenfinanzierung unterbreitet hat.

Dazu Hermann-Josef Tebroke MdB, zuständiger Berichterstatter: „Die Familien in der Bundesrepublik leisten Großartiges, zumal in der aktuell überaus herausfordernden Lage. Zuerst die anhaltende Corona-Pandemie, jetzt der Krieg in der Ukraine, die damit verbundenen steigenden Preise und eine unsichere gesamtwirtschaftliche Perspektive stellen vor allem für Familien mit Kindern große Herausforderungen dar.“

Auf diese Herausforderungen geben der Haushaltsplan und insbesondere das Budget des Familienministeriums keine Antwort. Dazu kommt, dass der Haushalt nicht nachhaltig finanziert wird. Die Rekordschulden belasten insbesondere die nachfolgende Generation. Einem solchen Haushaltsplan können wir nicht zustimmen.“

Impressum:

Ausgabe Nr. 10/2022,
03. Juni 2022

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck